

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum letzten Mal in dieser Wahlperiode bis September 2025
diskutieren wir den Siegburger Stadthaushalt.

4 Jahre, die vor allem durch die drei Coronajahre geprägt waren, die im Rhein-Sieg-Kreis ziemlich genau 1000 Menschen das Leben gekostet haben. Trotzdem musste das Leben (für möglichst viele) weitergehen, und so standen Ratshausanierung, Umbau und Ausbau des Neuenhofes, verschiedene Schul- und Kindergartenerweiterungsprojekte im Vordergrund. Dazu die Feuerwache Stallberg/Kaldauen oder die Nutzung des Gewerbegebietes Zange für ein ökonomisch sicher interessantes, moralisch durchaus fragliches, Spielbankenprojekt. Gaaaanz langsam bewegt sich auch etwas bei der Straßensanierung, wenn nächstes Jahr die Aggerstraße in großen Teilen saniert werden wird.

Gerade die ökonomische Notwendigkeit des **Spielbankenprojektes** für die Stadt Siegburg, zeigt aber auch, wie dünn die wirtschaftlichen und finanziellen Decken fast aller Kommunen in NRW gestrickt sind, worauf wir schon in früheren Reden hingewiesen haben. Und selbst Monheim erlebt, dass Geldkühe wieder zurück nach Leverkusen laufen, wenn dort das Subventionsgras fetter erscheint.

Es ist und bleibt die **Fehlkonstruktion der kommunalen Finanzierung**, dass der BUND seit 2000 die Einkommen-, und Kapitalsteuern senken kann und konnte, darunter die davon abhängigen Kommunen aber verschärft leiden. Bis 2016 hatte Siegburg alleine Steueraufkommenseinbußen durch SPD und GRÜNE und CDU und FDP, von rund 60 Millionen EURO. Immer noch ein Großteil der Liquiditätslücke, die wir durch Kassenkredite stopfen müssen. – Realiter mussten sie natürlich auch durch Steuer- und Gebührenerhöhungen, wie speziell 2014/15 gedeckt werden. – **Die**

Phantasiedeckung durch Ausgleichs- oder Allgemeine Rücklage liefert natürlich kein echtes Geld, sondern ist nur eine extra Verschuldungserlaubnis, bei der man dann (oder die Kommunalaufsicht) Halt schreit, wenn bestimmte Sätze überschritten sind. Aber gedeckt wird das dann immer noch durch Kredite., sowohl vor der Haushaltssicherung, als auch in dieser. Nur in letzter muss dann wirklich die Schuldenaufnahme durch Maßnahmen verringert werden.

In diesem Zusammenhang noch mal unser Verweis auf letztes JAHR; als wir auf die Rolle der **Grundstücksbewertungen** für das Steueraufkommen in BUND, Land und Kommunen verwiesen haben. Die Neubewertung aller Grundstücke in Deutschland erfüllt die entscheidende Forderung des Bundesverfassungsgerichtes, für eine gerechtere Einkommensbewertung. Erst damit wäre dann eine **Wieder-Erhebung einer Vermögenssteuer** in D zulässig, indem Finanz- und Grundvermögen annähernd gleich bewertet werden. Ich hoffe, der neue Gesetzgeber schreckt aus Klientenschutz nicht wieder davor zurück.. - . Den ersten Schritt dazu werden alle Siegburger Bewohner im nächsten Jahr mit **dem neuen Grundsteuerbescheid** erleben, der jetzt die neuen Bewertungsmaßstäbe berücksichtigt. Das wird nicht ohne Ruckeln abgehen, da die Summe der Steueraufkommens für unsere Stadt (13 Mio) zwar gleich bleiben wird, wir werden den Hebesatz bei 790 Punkten belassen, es kann aber innerhalb der verschiedenen Grundstücksformen (neben dem ALTER!) durchaus zu Verschiebungen kommen kann. Zu beachten bleibt vor allem der Unterschied zwischen reinen Wohngrundstücken und Wohneigentum, und gewerblichen/privaten Mischformen (unten Laden, oben Wohnungen), den reinen Mietobjekten als Gewerbeobjekten und den Nicht-Wohngebäuden. Trotz Telefonaten und Mailverkehr ist es uns nicht gelungen, in die zarten Verästelungen dieser neuen Paragrafenwelt von Grundsteuergesetz und Bewertungsgesetz durchzudringen. Soviel ist klar, was das Finanzamt weiß, weiß die Stadtkasse noch lange nicht; und was die Stadtkasse weiß, interessiert und weiß das FA wieder nicht. FAZIT: die neuen Steuerbescheide im Januar könnten durchaus individuelle Überraschungen bringen. Insgesamt geht es um **einen niedrigen 7-stelligen Bereich**, der zwischen den verschiedenen

Nutzungsformen umverteilt werden wird. Nach meiner groben Abschätzung könnte das für alle Wohnungen in **EZFHäuser** und Eigentumswohnungen eine Mehrbetrag von im MITTEL 13 € im Monat ausmachen, für die gewerblichen Mietobjekte (**Mietswohnungen**) eine Senkung der Nebenkosten von rund 10 € im Monat bedeuten, die dann den Mietern zugute käme. Die Rolle von NICHTWOHNGEBÄUDEN konnte ich noch nicht ermitteln. – Ob das so kommt, wird man erst im Januar sehen. Dann besteht aber eben auch für das Folgejahr 2026 noch die Möglichkeit, durch einen dann gesplitteten Hebesatz all zu grobe Ungleichheiten auszugleichen. Auf Grund der doch recht verzwickten Zusammenhänge und der im Mittel wohl überschaubaren Beträge, tragen wir hier – wie wohl alle Fraktionen – erst einmal die Beibehaltung des einheitlichen Hebesatzes von 790 Punkten mit.

Um für kommendes Jahr dort aber auch einen Handlungsspielraum zu behalten, erscheint es jedoch sinnvoll, auf einen **Doppelhaushalt** aus diesen Gründen zu verzichten, auch wenn der neue GR sich z.T. erst noch wird einarbeiten müssen.

AÖR, Gebührenhaushalt / Zuschuss

Eine ähnlich problematische Auswirkung auf die kommunalen Finanzen – **hier die der AÖR** – hatte die deutliche Limitierung der Verzinsung der städtischen Infrastruktur in Abwasser und Trinkwasserbereich auf Grund von Klagen des Bundes der SteuerNICHTZahler. In der Folge (neben den steigenden Aktivitätsfeldern der AÖR) steigt natürlich der Zuschuss zur AÖR mittelfristig deutlich. Während wir 2016 noch über eine Möglichkeit der kompletten Streichung des Zuschusses sinniert hatten, haben wir heute einen Rahmen, der den von 2014 fast verdreifacht hat. Und da sehe ich nicht die Verantwortung bei unserer Investitions- und Fördertätigkeit und der AÖR, sondern der zu knappen Finanzausstattung der Kommunen, bei steigenden Anforderungen von Bund, Land und BürgerInnen. Auch hier mein Hinweis auf die mögliche und nötige Wiedererhebung der Vermögenssteuer. (und wenn es nur 0,1 % wären, um überhaupt wieder eine aktuelle Erfassung zu haben!)

Wohnungslage: Bauen in zweiter Reihe sollte wieder (wie vor 2000) großzügiger gehandhabt werden. Ökohäuser könnten einen positiveren Klima- und Umweltfußabdruck liefern, als Rollrasen und Tujahecken hinter heutigen Siedlungsbauten der 40er, 50er und 60er Jahre. Und es macht auch wenig Sinn, dass die Stadt aufgrund der Ungleichbehandlung immer wieder Prozesse verliert und dann doch gebaut werden kann,

Die Aufstockung der GWG-Wohnungen (mit LEG??) zusammen ca 300 WE sollte noch einmal offensiv angegangen werden, da das neue Wohnungsgemeinnützigkeitengesetz das offenbar wieder zulässt. Es wäre zu prüfen, wieweit die Stadt oder die AöR mit ihrem neuen Aufgabenfeld auch dort unterstützen könnte. Ziel müsste sein, dass, wie „An der Schlade“ 2004, wieder ganze Straßenzüge aufgestockt/ausgebaut werden könnten, etwa Moltkestr (LEG) oder Blücherstr (GWG), und nicht nur 1 Haus pro Jahr, wie es bisher nur rechtlich möglich war.

Lüftungsanlagenbau für die Grundschulen (6 Mio) und langfristig auch die Gymnasien. Hohe CO₂-Werte sind nicht nur für das Klima problematisch, sondern auch für die Gehirnzellen unseres (hoffentlich) denkfreudigen Nachwuchses. Da die Grundschulen schon im Haushalt veranschlagt sind, wäre natürlich auch eine Umsetzungsplanung einmal sinnvoll. Für die Gymnasien fehlt das sowieso noch. An eine schrittweise Umsetzung sollte man mit Abschluss der Baumaßnahme Neuenhof denken können. Vielleicht schaffen wir es vor der nächsten aerogenen PANDEMIE.

Wir sind gegen das **Luftschloss „Mehrgenerationenhaus“**, jetzt mit „Kunst“ aufgepeppt, aber nicht weniger unklar konzeptioniert, finanziert und betrieben. Was sind die Folgekosten? Wer nutzt es? Wer bezahlt es? - Die Fördermittellage sieht auch mau aus; nicht bei allem scheint der direkte Draht zum Landtag „Wunder zu wirken“.

Für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik

Sie kann nicht nur aus weiteren Tiefgaragen und üppigen Parkhochhäusern bestehen. Und es ist schon absurd, wenn man von der CDU im Netz groß ein nachhaltiges Verkehrskonzept lobt und zu

seinem eigen macht (beschlossen von SPD/Grün und Gelb/ rot), aber selbst kleinste Einschränkungen des MIV (Streichen einzelner Parkplätze) verbietet und aus dem Konzept streicht, wie CDU und GRÜNE. – Der Radverkehr in Siegburg ist und bleibt ein Stiefkind seit Clemens Bruchs Zeiten 1995, der mir noch persönlich erklärte, in Siegburg könne man nicht Fahrrad fahren, da es zu viele Berge habe. - Und ich bin mal gespannt, wieviele Ausfallstraßen man demnächst beruhigen kann (man darf ja jetzt), wie in Baden-Württemberg, wo in fast jeder Ausfallstraße mit Anliegern, aus Schallschutzgründen Tempo 40 oder 30 gilt.

Soziale Kindergartenfinanzierung

Bis 2018 hatten wir eine sozial durchaus gut gestaffelte Kindergartenbeitragsstruktur (bis auf die unterste Stufe). Dies wurde – vermutlich auf mein konstantes Beharren auf einer Weiterentwicklung - dem Rat nahezu entzogen, steht jetzt aber wieder an, auch aus finanziellen Gründen. Wir sind weiterhin der Meinung, dass die unterste Beitragsklasse (bringt wenige 10.000 Euro) gestrichen, und oben (über 100.000 pa) draufgesattelt werden kann. Starke Schultern können auch mehr tragen, jetzt erst Recht.

Persönliche Abschlussbemerkungen

Auf den ersten Plätzen meiner Partei werde ich 2025 sicher nicht mehr kandidieren, wollte ich doch eigentlich schon in der Mitte dieser Ratperiode mit 70 in den Voll-Rentnerstand gehen.

Insoweit werde ich die zum Teil gewöhnungsbedürftigen Kommentar wie „STÖHN, HERR SCHOEN“, oder „Hände/Finger an den Kopf zeigen“, wobei man nicht weiß, ob das meine Beschränktheit oder das Brutverhalten einer avifaunistischen Vermehrungsgemeinschaft in oder auf meinem Kopf ausdrücken sollte, nicht sehr vermissen.

War doch auch gerade nach dem jüngsten Mehrheitenwechsel zu Schwarz/Grün wieder eine deutliche Spaltung, Zuspitzung und Klimaverschlechterung durch die konservative Ecke im Rat zu spüren... Es ging weniger um die gemeinsame Lösungssuche, als um Spaltung durch Sündenbockmarkierung auf der linken Seite des Rates und dem – vor allem optisch im Netz . dick aufgetragenen Eigenlob. Aber wie sagte schon mein Vater: Eichenlaub stinkt.... ;)

Vergnügungssteuerpflichtig war die Arbeit im Siegburger Rat sicher nicht. Da habe ich in Baden-Württemberg in Filderstadt und in Esslingen, bessere Erfahrungen gemacht. Da konnte auch ein leicht angeschickter GRÜNER Ratsherr wie ich, einen CDU-Fraktionsvorsitzenden (voll fahruntüchtig), 1985 über Schleichwege nach einer ergebnisreichen und inhalts“vollen“ Ratssitzung nach Hause fahren.

In Siegburg war meine erste Erfahrung 1995 das Duell August Tepper gegen Franz Huhn, das begann mit : Franz, du Arschloch``, und auf dem gleichen Niveau gekontert wurde. Was mich am meisten erschütterte: Wie kann man sich da noch duzen? Und ich kam da aus dem durchaus rauen Ruhrpot, aus Essen.

Leider gab es eine Lockerung im Umgang erst mit der neuen, jetzt schon wieder verflossenen ROT/Grün/Gelb Kombination, die auch schon wieder Geschichte ist.

Aber ich denke, mehr Miteinander wäre manchmal besser als krampfhaftes Profilieren.

MfG Raymund Schoen

Bündnis soziale Gerechtigkeit im Rat der Stadt Siegburg